

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

Personalpolitik IV: Qualitative Personalgewinnung und Personalbindung forcieren

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, Maßnahmen einzuleiten, die zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Erhöhung der Arbeitsmotivation in der öffentlichen Verwaltung und folglich zu einer Steigerung der Attraktivität des Landes Berlins als Arbeitgeber führen.

Dabei ist insbesondere folgendes zu berücksichtigen:

- Eine deutlich stärkere Öffnung des öffentlichen Dienstes für andere Berufsgruppen, um auch Quereinsteigern den Einstieg zu ermöglichen.
- Die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen zu beschleunigen, um so vorhandenes Fachpersonal nutzbar zu machen.
- Bei der Einstellung der Auszubildenden und Anwärter gilt der Grundsatz, dass bedarfsgerecht ausgebildet wird und alle Absolventen mit mindestens der Note 3 in den öffentlichen Dienst des Landes und unbefristet übernommen werden und diejenigen, die mit Note 4 abschließen zunächst für 18 Monate auf Probe und zur individuellen Qualifizierung weiterbeschäftigt werden.

- Die dauerhafte Übernahme von in der Verwaltung ausgebildeten Kaufleuten für Bürokommunikation werden unter der Maßgabe der gleichen Anstellungssituation wie die Verwaltungsfachangestellten übernommen, wenn Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen.
- Die Gewährleistung von mehr Durchlässigkeit nach dem seit Januar 2013 gültigen Laufbahngesetz innerhalb der Laufbahngruppen für eine bessere Berufswegeplanung.
- Die Förderung von Weiterbildungen und Zusatzqualifikationen.
- Neuausrichtung des Personalmarketings, um einen möglichst breiten Bewerberkreis zu erreichen.
- Die Flexibilisierung der Arbeitszeitgestaltung und eine Abkehr vom reinen Präsenzarbeitsplatz, damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege deutlich verbessert werden.
- Die Umsetzung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements für alle Verwaltungen zielgruppengerecht zu erarbeiten und zu finanzieren.
- Die Förderung von interkultureller Kompetenz in der öffentlichen Verwaltung.
- Die Entwicklung eines Leitbildes für den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber für ein besseres Arbeitgeberimage und eine moderne Führungskultur.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis Ende 2013 über die einzuleitenden Maßnahmen zu berichten.

Begründung:

Neben der quantitativen Personalgewinnung für die Verwaltungen müssen die qualitative Personalentwicklung und Personalbindung in den kommenden Jahren höchste Priorität bei dem Senat genießen. Angesichts der demografischen Entwicklung und der damit einhergehenden „Überalterung“ der erwerbstätigen Bevölkerung nimmt die Konkurrenz unter Arbeitgebern im Wettbewerb um die besten Köpfe zu. Berlin steht hierbei in einer besonderen Konkurrenzsituation zu den Bundesbehörden und dem Land Brandenburg, die ihren Beschäftigten bessere finanzielle Bedingungen bieten. Der öffentliche Dienst Berlins muss deswegen im Wettstreit um Fachpersonal vermehrt auf qualitative Argumente setzen.

Berlin, 20. August 2013

Saleh Flesch
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD

Graf Goiny
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU